



Krisen-Vorsorge: Innenministerium will Schulen in die Pflicht nehmen – CDU für „Grundausbildung“

07.04.2025, 11:29 Uhr

Von: Victoria Krumbeck

Kinder sollen an Schulen mit Trainings für mögliche Krisen vorbereitet werden. Das schlägt das Innenministerium vor. Die EU empfiehlt Notfallvorräte.

Berlin – Die sicherheitspolitische Lage steht derzeit stark im Fokus. Auch bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD steht das Thema auf der Agenda. Sie diskutieren, ob und wie eine Wehrpflicht wieder eingesetzt werden soll. Aus dem Bundesinnenministerium kam nun der Vorschlag, Kinder an Schulen für Krisenfälle vorzubereiten. Auch die EU hat einen Leitfaden zur Krisenvorbereitung herausgegeben.

Krisenvorsorge an Schulen: Innenministerium schlägt Übungen für Kriegsfall vor

Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) befürwortet, dass Schüler auf Krisensituationen und mögliche Kriegsfälle vorbereitet werden. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte gegenüber dem Handelsblatt: „Angesichts der Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in jüngerer Zeit sollte ein stärkerer Fokus auf den Zivilschutz gesetzt werden, auch schon in der Schulbildung.“



Mit Trainings und Übungen sollen Kinder an Schulen lernen, wie sie im Ernstfall reagieren.
(Symbolbild / Archiv) © Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa

Zwar sind die Bundesländer für die „Bestimmung von Lerninhalten“ an Schulen verantwortlich, doch das Innenministerium betont, dass der Bund mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bereitsteht, um mit „Materialien für junge Menschen und für Lehrpersonen“ Unterstützung zu leisten.

Krisenvorsorge an Schulen – EU: „Vorbereitung auf kriegsbedingte Krisen“

Das Ministerium lobte zudem die kürzlich vorgestellte Initiative der EU-Kommission „zur Vorbereitung auf kriegsbedingte Krisen“ und empfahl den Bürgern, Vorräte an Wasser, Lebensmitteln und anderen essenziellen Gütern anzulegen. „Mit einem Vorrat für mindestens 72 Stunden können vorübergehende Krisensituationen gut bewältigt werden“, so der Sprecher.

Roderich Kiesewetter, sicherheitspolitischer Experte der CDU, regte an, dass Schüler ein Krisentraining absolvieren sollten. Er betonte: „Es ist zwingend nötig, dass der Ernstfall geübt wird, denn die Schülerinnen und Schüler sind besonders verletzlich und im Ernstfall besonders betroffen.“ Zudem schlug er vor, „eine Grundausbildung zum Verhalten in Katastrophenlagen“ einzuführen. „Dies wäre auch mit Blick auf einen Gesellschaftsdienst klug und vorausschauend“, fügte Kiesewetter hinzu und verwies auf Finnland, wo solche Maßnahmen seit Jahrzehnten in Schulen etabliert sind. (vk/afp)

